



Die CDU und das liebe Geld

Bericht: Monique Junker

Ein Treffen mit Alfons Josef Wolff. Seit 23 Jahren ist er Mitglied der CDU im Saalekreis. Für ihn war es immer eine Selbstverständlichkeit, seine Mandatsbeiträge zu zahlen. Auch als Leiter des Wirtschaftsausschusses im Kreistag, dem er bis vor einem Jahr vorstand. Umso mehr ärgert es ihn, dass viele hohe Mandatsträger das nicht tun:

Alfons Josef Wolff:

„Es kann nicht sein, dass geringere Mandatsträgerzahler ihre Beiträge ordnungsgemäß zahlen und andere nicht. Das schädigt auch die Partei. Und insbesondere die, die einer Partei vorstehen, haben da eine Beispielfunktion und das sollte auch so gelebt werden.“

Laut CDU-Statut zahlen Mitglieder Sonderbeiträge an ihre Partei, wenn sie ein Amt oder Mandat übernehmen. Bürgermeister zum Beispiel, Landräte, Abgeordnete. In Sachsen-Anhalt 3 Prozent des Grundgehalts, 15 Prozent der Aufwandsentschädigungen. Einen Bürgermeister kann das schon mal bis zu 200 Euro im Monat kosten. Eine wichtige Einnahmequelle für die Partei, sagt der Politikwissenschaftler Hendrik Träger.

Dr. Hendrik Träger, Politikwissenschaftler Uni Leipzig:

„Ich habe mir das mal für Sachsen-Anhalt 2015 angeschaut. Da war es so, dass es bei den Kreis- und Stadtverbänden ungefähr 20 Prozent der Gesamteinnahmen ausmacht. Das ist schon eine Hausnummer. Wenn ein Fünftel der Gesamteinnahmen des jeweiligen Gebietsverbandes auf Mandatsträgerbeiträge entfallen.“

„exakt“ liegen Listen aus dem Saalekreis vor, die zeigen: Hier zahlten in den Jahren 2014 bis 2016 die meisten nicht oder nicht alles. Unter den Säumigen viele aus der CDU-Führungsspitze des Landkreises. Es fehlten danach allein für diesen Zeitraum fast 78.000 Euro.

Bei den Recherchen stellen wir fest: Das ist kein neues Phänomen. Seit 2008 diskutiert der Kreisverband über die fehlenden Beiträge. Zehn Jahre lang immer wieder Diskussionen auf Parteitag und Versammlungen. Geändert hat sich offenbar lange Zeit nichts. Wir wollen an der Basis nachfragen. Wie kann es sein, dass jemand seine Mandatsbeiträge nicht zahlt? Und über Jahre nichts passiert? Wir fragen verschiedene Ortsverbände an, doch keiner will vor die Kamera. Die meisten antworten nicht einmal. Über mögliche Antworten kann man deshalb nur spekulieren:

Hinweis: Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt und darf nur für den privaten Gebrauch des Empfängers verwendet werden. Jede Verwertung ohne Zustimmung des Urheberberechtigten ist unzulässig.



Dr. Hendrik Träger, Politikwissenschaftler Uni Leipzig:

„Vielleicht steht der eine oder andere Mandatsträger auch auf dem Standpunkt: Ich leiste so viel Arbeit für meine Partei, indem ich im Landtag sitze, indem ich im Bundestag sitze, indem ich Bürgermeister bin oder was auch immer. Welche Funktion ich ausübe. Da muss ich doch nicht noch irgendwie drei Prozent, 15 Prozent von meinem Gehalt und von meinen Diäten abgeben an die Partei.“

Schließlich finden wir doch jemanden: Ein Urgestein der CDU in Sachsen-Anhalt: Cornelius Nägler war 52 Jahre lang in der CDU, saß in den ersten beiden Landtagen in Magdeburg. Die schlechte Zahlungsmoral kann er seiner Partei nicht verzeihen:

Cornelius Nägler:

„Bei mir gab’s immer – ich bin so erzogen worden von meinen Eltern – finanzielle Korrektheit. Und wenn dann sowas passiert zu Menschen, zu denen man Vertrauen hat, die man mit Vertrauen gewählt hat, ist man doch enttäuscht. Und wenn man es dann nicht fertig bringt, innerhalb sagen wir mal von einem halben Jahr bis maximal einem Jahr akribisch daran zu arbeiten, dass die Sache ins Reine kommt. Auch der Öffentlichkeit gegenüber... Was soll ich dazu noch sagen. Ich bin enttäuscht.“

Lange hat Nägler gezögert. Nun ist er auch wegen der fehlenden Mandatsbeiträge aus der CDU ausgetreten.

Wir wollen mit der Parteispitze im Saalekreis reden. Drei Wochen lang versuchen wir, einen Interviewtermin mit dem Kreisvorsitzenden Jens Bühligen zu vereinbaren. Ohne Erfolg. Bühligen schreibt, die Beiträge seien mit sehr wenigen Ausnahmen bezahlt. Beweise legt er nicht bei, wirft dafür Wolff „Spekulation“ und „falsche Verdächtigungen“ vor. Statt aufzuklären, wird Druck auf den unbequemen Kritiker ausgeübt: Nun will der CDU-Kreisvorstand seinen Parteiausschluss. Der Grund: Beim letzten Parteitag im Dezember sagte Wolff öffentlich, er sei in der Partei wegen seiner kritischen Haltung bedroht worden. Kann nicht sein, meint der stellvertretende Kreisvorsitzende danach im MDR:

Andrej Haufe, stellv. Kreisvorsitzender CDU Saalekreis:

„Das ist ein sehr schwerer Vorwurf. Wir haben versucht, diesem Vorwurf nachzugehen und zu verifizieren. Das ist leider nicht gelungen. Es haben sich also keine Anhaltspunkte für so eine Handlung gefunden. Und demzufolge gehen wir davon aus, dass Herr Wolff hier unwahres behauptet hat.“

Der Kreisvorsitzende Bühligen schickt uns Dokumente, die offenbar belegen sollen, dass die Parteispitze von keiner Bedrohung weiß. Darunter eine Umfrage unter Mitgliedern, ob sie von der Bedrohung wüssten. Antworten sind nicht dabei. Das Gespräch mit Wolff suchte die Parteiführung nicht. Uns erzählt er, wie er unter Druck geriet, seine Sonderbeiträge auch nicht zu zahlen:

Wolff:

„Man hat mir deutlich zu verstehen gegeben, dass wenn ich jetzt nicht aufhöre, in dem Thema Mandatsträgerbeiträge zu rühren und nicht bereit wäre, auch meine zusätzliche Entlohnung als Wirtschaftsausschussleiter einfach so entgegen zu nehmen, ohne sie abzuführen, dass ich dann die Konsequenzen erleiden muss. Und mit einem Ausschluss bzw. mit einer Ausgrenzung rechnen muss. Und diese Bedrohung ging auch an andere Stelle noch über diesen Sachverhalt hinaus. Man würde sich später wiedersehen und ich sollte das doch beachten.“

Offenbar kein Einzelfall. Sein Kollege Georg Scheuerle erlebte ähnliches in einem anderen Zusammenhang:

Scheuerle, CDU-Ortsverband Landsberg:

„Da hat ein damaliger Landtagsabgeordneter und Fraktionsmitglied mir eindeutig zu verstehen gegeben, dass ich bei manchen Themen mich zurückhalten soll, sonst würden mir Konsequenzen drohen. Das hat deutlich das Gefühl der Bedrohung hinterlassen, weil er deutlich zu verstehen gegeben hat, dass es nicht nur meine politische Zukunft betreffen würde, sondern auch meine persönliche Existenz. Er selbst hatte die Möglichkeit nicht, mich unter Druck zu setzen, aber er hatte von denen gesprochen, die die Möglichkeit haben und das durchaus auch machen würden.“

Und da bricht auch Cornelius Nägler ein Schweigen über einen weiteren Fall:

Cornelius Nägler:

„Wenn man ihm jetzt anlastet, dass Herr Wolff hätte behauptet, er sei Bedrohungen ausgesetzt gewesen, was man abstreitet von höhere Ebene: Dann weiß ich jemanden, die auch Bedrohungen bekommen haben. Noch außer Herrn Wolff.“

Schwerwiegende Vorwürfe, Wolff will nun in seinen Fall vor dem Parteigericht beweisen, dass er die Wahrheit gesagt hat. Bei der Staatsanwaltschaft Halle hat er gemeinsam mit anderen wegen der fehlenden Mandatsbeiträge Strafanzeige erstattet. Der Vorwurf:



Unterschlagung, Begünstigung, Vorteilsnahme und -gewährung. Das Landeskriminalamt ermittelt. Mitte April will die Staatsanwaltschaft entscheiden, ob sie Anklage erhebt. Für Wolff bleiben es unruhige Zeiten.